

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

### Europäischer Rat in Brüssel

Der Europäische Rat in Brüssel, der zur Stunde noch andauert, berät über weitere Schritte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Ratspräsident Donald Tusk wurde in der Schlusserklärung vom 7. März beauftragt, die mit der Türkei besprochenen Vorschläge weiter voranzubringen und die Einzelheiten mit der Türkei auszuarbeiten. Der Europäische Rat berät über diese Fortschritte und trifft hierzu am heutigen Freitag auch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu zusammen.

Nur durch eine Kooperation aller europäischen Partner kann es gelingen, insbesondere Griechenland zu entlasten und gleichzeitig den ungeordneten Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern. Das Angebot der türkischen Regierung, im Rahmen einer Rücknahmegarantie ein geordnetes Übernahmeverfahren für syrische Flüchtlinge einzurichten, wird insbesondere vor dem Hintergrund der geforderten Gegenleistungen sorgsam zu prüfen sein. Alle Forderungen der Türkei werden wir sicher nicht erfüllen. Bedingungslose Visafreiheit für türkische Staatsbürger für EU-Aufenthalte oder eine EU-Vollmitgliedschaft sind indiskutabel.

Wenn der Europäische Rat sich verständigt, entsteht dadurch eine nachhaltige Lösung für alle 28 Mitglieder der EU. Das Problem werden wir auf Dauer nicht damit lösen, dass einzelne Staaten Entscheidungen jeweils für sich treffen.

Außerdem geht es – wie immer bei Europäischen Räten im März – um die wirtschaftspolitischen Prioritäten, und es steht die im Frühjahr übliche Befassung mit den länderspezifischen Empfehlungen an.

### Frohe Ostern

Mit den am Montag in Nordrhein-Westfalen beginnenden Osterferien geht nun auch der Bundestag in die Osterpause. Ich werde die sitzungsfreie Zeit zur Wahrnehmung von Terminen im Wahlkreis nutzen.

Für das bevorstehende Osterfest und die Ferien wünsche ich Ihnen frohe und erholsame Tage im Kreise der Familie bei hoffentlich frühlingshaft-sonnigem Wetter.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst.

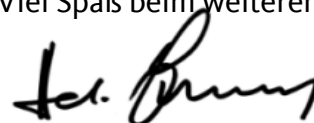


Der Protest, der sich aus Angst und Sorgen der Bürger speist, hat zum Erstarken einer Partei beigetragen, die das Gegenteil unserer Überzeugungen vertritt. Die Antwort darauf muss lauten, die Flüchtlingsproblematik konsequent und vor allen Dingen dauerhaft zu lösen. Der beste und einzig nachhaltige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist eine europäische Lösung. Hierfür ist die Grundlage in den vergangenen Monaten gelegt worden.

Wir sind nun noch deutlicher gefragt, dass wir uns jetzt auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen in Deutschland wollen keinen Streit in der Unionsfamilie, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einig Vorgehen.

Unsere Kernkompetenzen sind gefragt – wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falsch verstandener Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und die „Schwarze Null“. Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen



© Jessica Lohmann / pixelio.de

### Bundesverkehrswegeplan vorgestellt

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat am vergangenen Mittwoch den neuen **Bundesverkehrswegeplan (BVWP)** vorgestellt. Der neue BVWP, der bis 2030 gelten wird, ist das wichtigste Steuerungsinstrument für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und umfasst Aus- und Neubauprojekte in den Bereichen Bundesfernstraßen, Bundesschienenwege und Bundeswasserstraßen. Der BVWP 2030 enthält rund 1000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 264,5 Mrd. Euro. Davon entfallen 49,4 % auf die Straße, 41,3 % auf die Schiene und 9,3 % auf Wasserstraßen.

Der vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans verfolgt den Grundsatz „Erhalt vor Aus- und Neubau“. So werden über zwei Drittel der Mittel in den Erhalt bestehender Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Die vom zuständigen Land Nordrhein-Westfalen für den BVWP vorgeschlagene Erweiterung der A44 auf sechs Fahrstreifen zwischen Alsdorf und Broichweiden ist nicht im so genannten vordringlichen, sondern im erweiterten Bedarf eingestuft. Das heißt, dass es sich aus fachlicher Sicht zumindest um ein verkehrspolitisch sinnvolles Projekt handelt und es daher in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden soll. Nichtsdestotrotz werden bis 2030 zunächst vorrangiger eingestufte Projekte umgesetzt werden. Der Schwerpunkt der Bemühungen für diesen Autobahnabschnitt sollte deshalb in den nächsten Jahren in meinen Augen auf einem spürbaren Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen liegen. Dafür werde ich mich einsetzen.

### Neue Richter für die obersten Bundesgerichte gewählt

Der Richterwahlausschuss, dem ich für meine Fraktion als Obmann angehöre, entscheidet zusammen mit dem jeweils zuständigen Bundesministerium über die Besetzung der Richterposten an den obersten Gerichtshöfen des Bundes. Dieses Gremium tagt in der Regel einmal im Jahr und hat 32 Mitglieder, die sich je hälftig aus den für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Landesministern und aus vom Bundestag gewählten Mitgliedern zusammensetzen.

In der zurückliegenden Sitzungswoche haben wir zahlreiche neue Richterinnen und Richter für den Bundesgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht, das Bundesarbeitsgericht, das Bundessozialgericht sowie den Bundesfinanzhof gewählt.

Im Vorfeld der Wahlen führe ich für meine Fraktion in meiner koordinierenden Funktion viele Gespräche mit den übrigen Mitgliedern des Ausschusses, potentiellen Wahlkandidaten sowie den Präsidentinnen und Präsidenten der obersten Bundesgerichte. Neben den fachlichen und menschlichen Qualifikationen der zu wählenden Richterinnen und Richter, die alle über langjährige Erfahrungen in herausgehobenen Positionen an deutschen Gerichten verfügen, muss auch ein angemessener Länderproporz bezüglich der Herkunft der Richterinnen und Richter erfüllt werden.

Der Richterwahlausschuss ist nicht zu verwechseln mit dem Wahlausschuss. Dieses Gremium, dem ich ebenfalls angehöre, schlägt die vom Plenum des Bundestages zu wählenden Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts vor.

Impressum:  
Ausgabe Nr.: 05/16  
18. März 2016

**Helmut Brandt MdB**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-71472  
Fax: 030 / 227-76471  
E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

Wahlkreis:  
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf  
Tel.: 02404/557830  
Fax: 02404/673445  
E-Mail: [helmut.brandt.wk@bundestag.de](mailto:helmut.brandt.wk@bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)  
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://facebook.com/mdb.helmut.brandt)